

# Central-Volksblatt

für den Regierungsbezirk Arnberg  
mit den Gratis-Beilagen „Sonntagsblumen“ und „Der Gemeinnützig“.

Anzeigen werden spätestens bis 3 Uhr  
nachm. in Arnberg, größere in  
Freiburg, entgegen genommen. Die  
Festpreise sind in der Beilage  
„Der Gemeinnützig“ zu sehen.

Verleger:  
Arnberg Nr. 44  
Berl. Nr. 278

Hauptverbreitungsbezirk: Die Kreis-  
Verwaltung Arnberg, Post, Lippstadt, Melschede, Prilon, Olpe,  
Altena, Herlachs und Hamm.

Verlagssch. Nr. 23 446.

Telegr.-Adress:  
Böpperling.

Nr. 273.

Arnberg und Berl. Montag den 25. November 1918.

63. Jahrgang

## Ein Massenmord.

Die Vorkämpfer der Entente-Mächte haben während der vier  
verflochtenen Kriegsjahre keine Gelegenheit vorübergehen lassen,  
zu betonen, daß es ihr letztes Ziel ist, das deutsche Volk in  
des Wortes wörtlichster Bedeutung zu vernichten, um für im-  
mer seinen gefährlichen wirtschaftlichen Wettbewerb und die  
Energie zur Höhe durcharbeitende Nation zu erblickende Bedro-  
hung für die übrigen Mächte ein für alle Mal zu beseitigen.  
Wenn die abgrundtiefe Bosheit und Grausamkeit, mit der die  
Ententebrüder diese ihre teuflische Absicht erörterten und ver-  
folgten, bis vor kurzem den deutschen Völkern noch nicht zu über-  
zeugen vermochten und lediglich ein ungländiges Kopfschütteln  
bei ihm hervorriefen, dann muß das starre Festhalten unserer  
Feinde an den mörderischen Waffenstillstandsbedingungen doch  
am endlich auch den vertrauensseligsten Tölpel eines anderen  
belehren. So tritt der Schlächter auf seinem Opfer, um mit  
faulem Blute und wollüstiger Bier dem Entzinnen des warmen  
Lebensstroms zuzuschauen und es in Fluß zu halten. Wenn es  
bis vor kurzem bei uns Vertrauensseligkeit gab, die da erwartete,  
daß die Entente bräutliche, uns die Möglichkeit zu be-  
stehen, dann müssen ihnen die Ereignisse der letzten Tage doch  
endgültig diesen Wahn nehmen. Die bündige Weigerung des  
französischen Generalissimus, die schmerzlichen, geradezu unausführ-  
baren Waffenstillstandsbedingungen auch nur einigermaßen zu  
mildern, wird Folgen haben, die der Vorkämpfer der ständigen  
Waffenstillstandskommission General von Winterfeldt in seinem  
Protest folgendermaßen schildert:

„Nachdem eine Verringerung der praktisch völlig unumkehrbaren  
Bedingungen abgelehnt wurde. . . kann nur angenommen wer-  
den, daß es die Absicht des Oberkommandos der Alliierten ist, noch während des Waffen-  
stillstandes das Meer völlig aufzulösen und  
zu vernichten, das während 50 Monaten gegen über-  
mächtige Gegner unermüdet standhielt und dessen Front bei der Ein-  
stellung der Feindseligkeiten nicht durchbrochen war. Tausende von  
tapferen Männern, die in Erfüllung ihrer Pflicht für ihr Vater-  
land gekämpft haben, werden infolge der aufgezogenen Gewalt-  
märsche als Opfer der Erschöpfung am Wege liegen bleiben oder  
noch kurz vor dem Erreichen der Heimat in Gefangenschaft gera-  
ten. Es darf wohl die Frage aufgeworfen werden, ob ein der-  
artiges Ergebnis dem Sinne eines Waffenstillstandes entspricht,  
der doch den Zweck haben sollte, die Einstellung der Feindselig-  
keiten herbeizuführen und einen Frieden der Versöhnung und der  
Gerechtigkeit anzubahnen, oder ob nicht vielmehr eine solche Er-  
zwingung unmenschlicher Bedingungen die nutzlose Fortsetzung

auf dem See- und Donauwege große Mengen von Getreide und Öl  
heranschaffen zu können. Dies alles ist mit einem Schläge  
zusammengebrochen. Aber auch die einheimische Ernte  
ist geringer, als man sie in Rechnung gestellt hat, namentlich bei  
den Kartoffeln. Dazu kommen die letzten kriegerischen Ereignisse,  
die das rollende Material fast in Anspruch nahmen und dadurch  
die Winterniederung der großen industriellen Zentren mit Kar-  
toffeln in starken Mangel brachte. Mit dem  
Nugenslud des Waffenstillstandes haben auch alle Kriegsgefangenen,  
auf deren Arbeitskraft die deutsche Landwirtschaft im wesentlichen  
beruhte, die Arbeit eingestellt. Dadurch sind Millionen  
von Zentnern Kartoffeln in der Erde geblie-  
ben und bei dem unerbittlich streifenden Frostwetter dem Ver-  
derben anheimgefallen. Der heimische Viehbestand jetzt  
von Monat zu Monat eine geringere Ertragsleistung von Schlachtwild  
und sonstigen tierischen Produkten. Schon seit zwei Jahren mußte  
in den Viehbestand eingegriffen werden, um auch nur die ungenü-  
gende Fleischration aufrechtzuerhalten. Dabei konnten selbst die  
Mehlschäbchen nicht verschont werden, woraus sich für die Kindererzäh-  
rung und die Sterblichkeit der Säuglinge bei einer auch nur noch  
wenige Monate dauernden Fortsetzung dieses Vorgehens die ent-  
setzlichen Folgen ergeben müßten. Durch den auf  
Grund der harten Waffenstillstandsbedingungen notwendig gewordenen  
Nährstoff- und Nährtransport des Meeres ist eine ordnungsmäßige  
Verwaltung des Proviantes und der reiblosen Zuführung in die Hei-  
mat unmöglich geworden. Verschärft wird dies durch die auf-  
gezwungene überhäufte Abgabe der Transportmittel, wodurch Störun-  
gen im Verkehr mit den Lagern, Mühlen, Nahrungsmittelabriken,  
Verteilungsstellen und Kommunalverbänden unvermeidlich sind, fer-  
ner dadurch, daß in manchen Gegenden die örtlichen Verwaltungen die  
Versorgung ihres Wirkungsbereiches den berechtigten Ansprüchen der Ge-  
samtheit voranstellen, sodas bedeutende Mengen von Vorräten vor-  
zeitig und planwidrig dem unregelmäßigen Gebrauch zugewidmet werden.  
Durch alle diese Ereignisse ist eine Lage entstanden, bei der nur  
die schleunigste Heranschaffung von aus-  
ländischen Nahrungsmitteln das deutsche  
Volk vor Hungersnot bewahren kann, selbst  
wenn die Landbevölkerung in Erkenntnis der drohenden Lage für  
die Nahrungserzeugung erforderlichen Feldfrüchte und zur genauen Zucht-  
haltung der kriegswirtschaftlichen Verbindungen bereit ist. Obwohl  
der Zentralverwaltungsapparat völlig ungestört funktioniert, steht doch  
infolge des Mangels an Nahrungs- und Transportmitteln der Zu-  
sammenbruch vor der Tür, falls es nicht gelingt,  
das große Versorgungsbedürfnis durch ein rechtzeitiges Einsetzen der  
in Aussicht gestellten amerikanischen Hilfsaktionen und einer unmittel-  
bar einsetzenden Hilfsbereitschaft der Neutralen so auszugleichen, daß  
die ausländische Zufuhr die inländischen Vorräte genügend ergänzt.“

terland so notwendigen Burgfrieden dienen. Schwer ist es, dem Rech-  
nung zu tragen angesichts der Unklarung der neuen preussischen  
Regierung, die als neue Aufgaben u. a. hervorhebt: „Einheitschule,  
Beseitigung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung, Trennung  
von Staat und Kirche. Nach Zeitungsberichten soll sogar beab-  
sichtigt sein, vom 1. April 1919 an die staatlichen Zuschüsse für die  
christlichen Kirchen einzubehalten und das Vermögen zu säkularisie-  
ren.“ Redner sagte, er könne es noch nicht glauben, daß man  
einen derartigen Schritt tun werde, ohne daß eine Vertretung des  
Volkes, zu dem auch die preussischen Katholiken gehören, diese An-  
gelegenheit beraten habe. „Den Zusammenbruch unseres Vaterlandes  
verträgt der gläubige Teil unseres Volkes nur in dem erhebenden  
Ausblick auf Gott. Wehe dem, der unsern gläubigen  
Volk — Katholiken wie Evangelische — darin irgendwie stören will! Für  
die Leute, die dafür kein Verständnis haben, füge ich noch ein ande-  
res hinzu: Die Folgen des Krieges werden dem Vermögen und dem  
Einkommen des katholischen Volksteiles große Lasten auferlegen.  
Glaubt man denn, uns dazu noch einen großen Teil der Unterhal-  
tung unseres Kirchenwesens aufsparen zu können? Denn wir wollen  
unsere Geistlichen und Ordensleute nicht entbehren, die wir dann in weitem Maße vor Hunger schützen müs-  
sen, auch dann, wenn wir, verarmt, das Letzte hergeben müßten,  
was wir haben. Wir verlangen mit aller Entschiedenheit für uns  
die Aufrechterhaltung einer christlichen Volksschule. Wir verwerfen eine  
Trennung von Kirche und Staat, welche die freie Religionsübung auch nur  
irgendwie beeinträchtigt. Jedenfalls verlangen wir auch schon darum  
die baldige Wahl einer Volksvertretung. In keinem  
Falle dürfen wir verzagen.“ Der Redner erinnert an die trübenden  
Worte, die von der mächtigen Kruppe der Peterskirche auf goldenem  
Grund uns entrollten: „Die Pforten der Hölle werden sie  
nicht überwinden.“ „Also verlieren wir nicht den Mut und scha-  
ren wir uns noch tüchtiger als früher zusammen unter dem alte-  
währigen Wahlspruch: Mit Gott für Wahrheit, Frei-  
heit und Recht!“

## Revolution in Deutschland.

**Protest gegen die Trennung von Kirche und Staat.**  
Der Erzbischof von Köln, Cardinal v. Hartmann, hat an  
die preussische Regierung in Berlin folgendes Schreiben gericht-  
et:  
Wie mir zuverlässig mitgeteilt wird, beabsichtigt die gegenwärtige  
Regierung bereits in den nächsten Tagen durch eine Verordnung  
die Trennung von Staat und Kirche zum 1. April 1919 einzuführen.  
Hiergegen lege ich namens der sämtlichen Bischöfe Preussens  
feierlich Verwahrung ein, weil die geplante Maß-  
nahme ein flagrantes Rechtsbruch ist. Denn

## Auf zum Kampf für Kirche u. Schule!

1. ist die gegenwärtige Regierung nur eine vorläufige, die höch-  
stens befugt ist, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ord-  
nung die erforderlichen Anordnungen zu treffen — nicht aber  
kann sie als berechtigt angesehen werden, bestehende Gesetze  
aufzuheben
2. Durch die geplante Trennung wird nicht nur eine ganze Reihe  
geltender Gesetze, sondern auch die Verfassungsurkunde verletzt.
3. Durch die Trennung wird die katholische Kirche zahlreicher wohl-  
erworbener Rechte beraubt, die ihr gesetzlich zugesichert sind auf  
Grund von rechtsverbindlichen Verträgen und auf Grund der  
Erfahrung für Güter, die ihr durch die staatliche Gewalt ge-  
nommen sind.
4. Wenn beabsichtigt wird, diese Trennung auf dem Wege einer  
Kloster Verordnung und nicht durch die Gesetzgebung zu voll-  
ziehen, so ist das keine gesetzliche Maßnahme, sondern ein Akt  
unrechtmäßiger Gewalt.

## Das Schicksal der Fürsten.

\* Genf, 23. Nov. Die Pariser Presse fordert die Auslieferung  
Kaiser Wilhelms aus Holland. Wenn die Ausliefe-  
rung nicht verlangt werden könne, müsse der Kaiser eben ausgetrie-  
sen werden. Clemenceau verlangte vom Delfin der juristischen  
Pariser Fakultät ein Gutachten über die Auslieferung Kaiser Wilhelms.  
\* Haag, 22. Nov. Der frühere deutsche  
Kronprinz ist, wie die Niederländische Telegraphenagentur  
erfährt, heute auf der Zwißerschen Insel, die ihm als vor-  
läufiger Aufenthalt angewiesen wurde, gelandet. Er begab sich mit  
seinem Begleiter und einem Hof. Offizier nach dem kleinen Ort  
Dorland, wo er das Haus des Dorfpredigers bewohnen wird. Der  
Empfang durch die Bevölkerung der Insel war kühl und feindselig.

## Rückkehr der Truppen.

\* Münster, 22. Nov. Der Generaloberstentrat sieben  
Armeekorps und das stellvertretende Generalkommando machen  
darauf aufmerksam, daß die aus dem Felde heimkehrenden  
Frontformationen noch mobil sind und deren Angehörigen des-  
halb Waffen und Ausrüstung zu belassen sind. Die Abgabe und  
Sammelung der Waffen regelt der Soldatenrat des mobilen  
Truppenteils selbst. Ueber die Angehörigkeit zu mobilen For-  
mationen gibt das Feldbuch Aufschluß.

## Unmöglich!

\* Berlin, 22. Nov. Generalfeldmarschall von Schin-  
benburg telegraphiert aus dem Großen Hauptquartier  
Schloß Wilhelmshöhe, 22. Nov. 1918.  
An die Regierung!  
Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der  
französischen Mitglieder der Kommission, insonderheit der französi-  
schen, durchaus ablehnend ist und daß es nicht ausgeschlossen ist,  
daß die Franzosen sich Rechtsgründe für eine Wieder-

## Schüzet eure höchsten Güter!

der Feindseligkeiten in besonders unerbit-  
licher, un menschlicher Form darstellt. Daß  
durch die schonungslose Auslieferung der harten Waffenstillstands-  
bedingungen das deutsche Volk mit seinen Frauen und  
Kindern von Anarchie und Hungers-  
not bedroht wird, ist zu wiederholten Malen mit größ-  
tem Nachdruck hervorgehoben worden.“

Noch viel deutlicher spricht es eine Berliner Zeitschrift an  
die Köln. Ztg. aus, was dem deutschen Volke bevorsteht. Unter  
der Überschrift „Am Abend“ heißt es da u. a.:

„Die Stunde ist gekommen, da ganz rückhaltlos gesagt wer-  
den muß, daß die nächsten Wochen über Erhaltung oder  
Vernichtung Deutschlands und des deut-  
schen Volkes entscheiden werden. Wir kämpfen nicht  
mehr gegen unsere bisherigen Feinde, aber sie kämpfen gegen uns  
mit einem Waffenstillstand, der nichts anderes ist als eine Fort-  
setzung des Krieges mit allen furchtbaren Mitteln. Unnachlässig  
bestehen sie auf den Bedingungen, deren geordnete Durchfüh-  
rung bis zum Ende aber ganz unmöglich ist. . . .“

Nahrungsnot, Kohlennot, Zusam-  
menbruch der Verkehrsmittel und damit  
Auflösung aller Ordnung in Anarchie, das  
ist die unmittelbare Gefahr, die der Druck der  
Waffenstillstandsbedingungen in aller nächste Nähe rückt und die  
Deutschland in eine Hölle verwandelt wird, wenn draußen der  
verblendete Wunsch siegt, aus unserm Zusammenbruch Gewinn zu  
ziehen. . . .“

Deutschlands Schicksal und Europas  
Ordnung hängen davon ab, daß der Verband sich über-  
zeugt, daß die deutsche Regierung und die deutsche Presse die  
Lage in Deutschland in ihrem ganzen furcht-  
baren Ernst wahrheitsgemäß schildern.“  
Aber selbst diese Darstellung der kritischen Situation, in die  
uns die starrköpfige Regierung der Entente, die auf unsere  
Vernichtung hinauslaufenden Waffenstillstandsbedingungen beson-  
ders die Bestimmung der Aufrechterhaltung der Blockade zu  
milde, versteht hat, zeigt uns noch nicht die ganze Größe der  
Gefahr und die abgrundtiefe teuflische Bosheit unserer Feinde.  
Diese läßt uns erst so recht folgende Mitteilung des Staats-  
sekretärs des Kriegsversorgungsamtes Würm an das Volkische  
Tel. Büro erkennen:

„In der auswärtigen Presse hat es vielfach Befremden erregt,  
daß Deutschland vor der Hungersnot ste-  
hen soll, während die frühere Regierung erklärt hatte, die Verfor-  
dung Deutschlands mit Nahrungsmitteln sei bis zum Schluß des  
Krieges gesichert. Wie sich jetzt zeigt, ist früher die Nahrungs-  
mittelversorgung Deutschlands viel zu günstig eingeschätzt worden.  
Dazu kommen die Folgen der militärischen Niederlage. In den  
von Deutschland besetzten Gebieten des Ostens waren ungefähr  
1 500 000 Menschen und 300 000 Pferde untergebracht und versorgt.  
Die Geschäftsbeziehungen mit der Ukraine, dem Don- und Kuban-  
gebiet versprachen nach Ansicht der damaligen Machthaber reichliche  
Zufuhr von Getreide und Futtermitteln. Insbesondere glaubte man

## Das Zentrum und die neue Zeit

\* Breslau, 21. Nov.  
Am Mittwoch nachmittag fand in Breslau eine große Ka-  
tholikenversammlung statt, auf der Geheimrat Dr. Pösch eine  
bedeutungsvolle Ansprache hielt und Forderungen für die Ge-  
genwart und Zukunft aufstellte. Er führte aus:

„Die Gegenwart verlangt auch von uns Katholiken, daß wir  
uns politisch voll und ganz auf den Boden der gegebenen Tatsachen  
stellen und die herrschende Gewalt als solche anerkennen. Ruhe und  
Ordnung im Vaterlande aufrecht zu erhalten, ist in erster Reihe not-  
wendig, und darum müssen auch wir alle bereit sein, zu helfen, wo  
wir nur können. Wir verlangen die unverzüglichen, unter  
allen nur möglichen Garantien vorzunehmenden Wahlen  
zur Nationalversammlung Deutschlands und  
zur Volksvertretung für Preußen. Die Diktatur irgendwelcher  
Klassen weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück und erwarten,  
daß eine Gesetzgebung, die in die Grundlagen unseres staatlichen  
Aufbaues eingreift, nicht beginnt, bevor die Nationalversammlung  
zusammengetreten ist. Zum ersten Male werden auch die  
Frauen berufen sein, zu wählen. Infolge vollster Ueberein-  
stimmung mit den Frauen ist das Zentrum bisher nie für das  
Wahlrecht der Frauen eingetreten. Aber wir beugen uns nicht nur  
den Geschehnissen, sondern erkennen auch an, daß die lange Dauer  
des Krieges, wie so vieles andere, auch die Stellung der Frauen  
wesentlich geändert hat. Die bisherigen politischen Parteien re-  
vidieren bereits ihre Verfassung, und neue Parteien sind in  
der Bildung begriffen. Demgegenüber heißt es für uns im allge-  
meinen: Faltet die Hände nicht vor schnell han-  
deln, vor allem aber unnötige Verpflichtungen vermeiden. Die So-  
zialdemokratie steht bis auf eine kleine Gruppe einig zusammen.  
Deshalb müssen auch die nicht sozialistischen Kreise unseres Vater-  
landes nach Möglichkeit einig zusammenstehen, um nicht noch  
weiter über den Haufen getarnt zu werden. Im besonderen ist zu  
sagen: Auch das Zentrum, welches sich unter den Schlä-  
gen des Kulturkampfes als die politische Vertretung der preussischen  
und dann der deutschen Katholiken gebildet hat, ohne Andersgläu-  
bige als Genesungsgegnossen auszuscheiden, wird von den letzten Er-  
eignissen nicht unberührt bleiben. Seine Gestalt und Verfassung wird  
der neuen Zeit anzupassen sein. Sobald die  
Verhältnisse es irgend zulassen, werden die führenden Männer des  
Zentrums in Berlin zusammentreten und Endgültiges beschließen.  
Ein neuer Kulturkampf wird uns wieder ange-  
droht, und schon darum müssen wir der alten Frontursache treu  
bleiben. Die heutige Versammlung will dem Welt für unser Va-